

Parlamentswahlen im Libanon: Eine libanesische Regierung unter Führung der Hisbollah?

von Doreen Khoury

**Programm-Managerin
Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Naher Osten, Beirut**

29. Mai 2009

Einführung

Die Parlamentswahlen im Libanon am 7. Juni 2009 dürften zu einem Wendepunkt für das Land werden, das seit der Ermordung von Ex-Ministerpräsident Rafik Hariri im Februar 2005 von Krise zu Krise taumelt. In den letzten vier Jahren erlebte der Zedernstaat zahlreiche politische Morde und Bombenanschläge, einen einmonatigen, verheerenden Krieg mit Israel und mehrwöchige Gefechte zwischen der libanesischen Armee und radikal-islamischen Gruppierungen im nordlibanesischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared. Im Dezember 2006 begann die Opposition einen unbefristeten Sitzstreik in der Beirut Innenstadt. Der Streik und die daraus folgende politische Polarisierung legten die wichtigsten Institutionen des Landes lahm und verstärkten die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Am 7. Mai 2008 kam es dann zu einer Eskalation der Gewalt und zur Besetzung von Westbeirut durch die Hisbollah. Dieses Ereignis war ein Alarmsignal, nicht nur für die beiden politischen Lager im Libanon, sondern für die ganze arabische Region und die internationale Gemeinschaft. Um ein katastrophales Abgleiten der Situation in einen Bürgerkrieg zu verhindern, wurde in Katar das Abkommen von Doha ausgehandelt, das am 21. Mai 2008 von allen großen politischen Parteien des Libanons unterzeichnet wurde und neue politische Spielregeln für die

Konfliktparteien etablierte. Das Doha-Abkommen hatte drei wichtige Resultate (zumindest im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2009): die Wahl eines neuen Präsidenten (des ehemaligen Armeechefs Michel Suleiman), nachdem das Amt zuvor trotz zahlreicher Vermittlungsversuche zwischen den Parteien monatelang unbesetzt war, die Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit, in der die Opposition ein Vetorecht im Kabinett erhielt, und schließlich die Einführung eines neuen Wahlsystems auf der Basis des vor dem libanesischen Bürgerkrieg geltenden Wahlrechts von 1960.

Die für den 7. Juni 2009 angesetzten Parlamentswahlen werden sich zweifelsohne stark auf den politischen Machtkampf im Libanon auswirken. Der Urnengang wird entweder zu einer Neuordnung der Machtstrukturen und einer Verschiebung der politischen Allianzen im Land führen, oder aber zu einer Fortsetzung der derzeitigen politischen Stagnation, weil beide Seiten alle wesentlichen Gesetzesvorschläge und Reformen blockieren können.¹

Beiden Lagern geht es bei den Wahlen 2009 darum, möglichst viele Mandate zu gewinnen und sich die Vormacht im Parlament zu sichern, damit sie ihre Zukunftsvorstellungen für den Libanon umsetzen können. Für beide Seiten steht also viel auf dem Spiel. Das pro-westliche Bündnis des 14. März unter Führung von Saad Hariri (Future Movement) und dem Drusen Walid Dschumblatt bemüht sich um die Bestätigung durch die Wähler nach den wenig ruhmreichen Ereignissen des 7. Mai (weitverbreitet als „schiitische Besetzung von sunnitischen Territorium“ gesehen) und der Freilassung der vier als Hauptverdächtige im Mordfall Rafik Hariri inhaftierten Generäle² im April 2009 auf mehrfache Forderung des Bündnisses, welche Zweifel am internationalen Tribunal aufkommen ließ. Für die Opposition, deren wichtigste Parteien die Hisbollah und das Free Patriotic Movement

¹ Das Bündnis des 14. März mit der Mehrheit der Abgeordneten kann die Beschlussfähigkeit des Parlaments verhindern, während die Opposition Kabinettsbeschlüsse blockieren kann, indem sie von ihrem Vetorecht Gebrauch macht.

² Nach den Wahlen 2005 wurden vier syrienfreundliche Generäle (Jamil Sayyed, Mustapha Hamdan, Ali Hage und Raymond Azar) als Verdächtige im Mordfall Hariri inhaftiert. Nach dreieinhalb Jahren Untersuchungshaft ohne offizielle Anklage wurden die vier im Mai 2009 auf freien Fuß gesetzt. Die Opposition gab dies als einen politischen Sieg aus.

(angeführt von Michel Aoun) sind, geht es bei den Wahlen darum, die Anzahl ihrer Sitze im Parlament zu erhöhen und ihren Einfluss in den staatlichen Institutionen zu verstärken (wobei allerdings nur schwer zu sagen ist, inwieweit die Hisbollah tatsächlich hieran interessiert ist – siehe nähere Ausführungen weiter unten), sowie im Fall der Hisbollah um den Schutz ihrer Waffen.

Besonders bemerkenswert an den bevorstehenden Wahlen dürfte jedoch die Tatsache sein, dass der eigentliche Wahlkampf hauptsächlich in den christlichen Distrikten stattfindet, die letztlich über den Ausgang entscheiden. In den meisten muslimischen Bezirken steht das Ergebnis praktisch im Voraus fest, weil zu erwarten ist, dass die Mehrheit der schiitischen Wähler für die Hisbollah stimmt, während die meisten Sunniten das Future Movement wählen und die Drusen Walid Dschumblatt treu bleiben. Die Christen dagegen haben keinen dominanten Anführer und verteilen ihre Sympathien auf mehrere Parteien in vielen Bezirken. Das mit der Hisbollah verbündete Free Patriotic Movement (FPM) – offiziell eine säkulare Partei, die jedoch mehrheitlich von Christen unterstützt wird – tritt im Wahlkampf gegen die christlichen Parteien des 14. März an, in erster Linie die Libanese Forces und die Kataeb.

Hinzu kommt, dass sich das im Doha-Abkommen vereinbarte Wahlsystem äußerst vorteilhaft für die Christen auswirkt. Im Gegensatz zum alten System, bei dem die christlichen Kandidaten in größeren Bezirken Wahlbündnisse mit muslimischen Parteien eingehen mussten, werden unter dem neuen Wahlgesetz die meisten christlichen Parlamentsabgeordneten ihr Mandat christlichen Wählern verdanken und nicht auf die Stimmen muslimischer Wähler angewiesen sein.³

³ Weitere Informationen und Analysen zu den christlichen Parteien finden Sie unter: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5573&l=1>

Der eigentliche Wahlkampf wird deshalb in folgenden Bezirken stattfinden:

- Bezirken, in denen die Christen sehr stark in der Mehrheit sind (Jbeil, Kisirwan, Metn, Batroun, Koura, Jezzine und Bezirk 1 Beirut);
- Bezirken, in denen die Christen in der Mehrheit sind und in denen andere Religionsgemeinschaften wesentliche Minoritäten bilden (Zahle und Baabda).

Es wird erwartet, dass das Free Patriotic Movement (FPM) die meisten Sitze in den christlichen Wahlbezirken gewinnt.⁴ Das heißt, wenn die von der Hisbollah angeführte Opposition als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, hat sie das nicht nur ihrer weit verbreiteten Popularität zu verdanken, sondern vor allem auch ihrer strategischen Allianz mit der FPM von Michel Aoun, der wichtigsten christlichen Partei im Libanon.

Die Politik der arabischen Länder in der Region, die seit jeher einen starken Einfluss auf die internen Kräfteverhältnisse und lokale Allianzen im Libanon hat, spielt eine zentrale Rolle in den politischen Erwägungen beider Lager, des Bündnisses des 14. März und der Opposition. Insbesondere die Spannungen zwischen den Ländern der so genannten Iran-Syrien-Achse und den von den USA unterstützten „gemäßigten Staaten“ Saudi-Arabien und Ägypten – wobei erstere vorwiegend die Opposition unterstützen und letztere den 14. März – spiegeln sich im Libanon wider. Einer der Hauptstreitpunkte zwischen den beiden Lagern ist deshalb die Frage, ob man eine mehr oder weniger gemäßigte Außenpolitik verfolgt (vom 14. März befürwortet) oder ob man sich aktiv am bewaffneten Widerstand gegen Israel beteiligt (von der Hisbollah befürwortet).

Die bevorstehenden Wahlen werden diese Probleme allerdings kaum lösen, vor allem, weil das Ergebnis voraussichtlich sehr knapp ausfallen wird mit einer Differenz von nur zwei oder drei Mandaten. Zwar rechnet man damit, dass die Opposition die meisten Sitze im

⁴ Die FPM sieht sich in den Bezirken Beirut 1, Metn, Batroun, Koura, Zahle und Baabda einer starken Konkurrenz durch das Bündnis des 14. März gegenüber, so dass das Ergebnis denkbar eng ausfallen dürfte.

Parlament erlangen wird, angesichts der vorhergesagten geringen Mehrheit wird jedoch bereits darüber diskutiert, wie sich die Regierung nach den Wahlen zusammensetzen wird und welchen Kurs sie auf lokaler und regionaler Ebene einschlagen wird.

Die folgenden Abschnitte befassen sich mit dem im Doha-Abkommen vereinbarten neuen Wahlsystem, den wichtigsten Gruppierungen bei den Parlamentswahlen am 7. Juni sowie den zentralen politischen Themen im Wahlkampf und gehen abschließend auf die potenzielle Situation nach der Wahl ein.

Das im Doha-Abkommen vereinbarte Wahlgesetz

2005 wurden die Parlamentswahlen im Libanon nach einem überholten Wahlsystem durchgeführt, das einen weit verbreiteten Wahlbetrug zuließ, den Wettkampf zwischen den Kandidaten nicht regelte und völlig versagte, wenn es darum ging, einen reibungslosen, zugänglichen, für die wahlberechtigten Bürger transparenten Wahlvorgang zu garantieren. Politische Parteien investierten Unsummen in ihre Wahlkampagnen und übten in vielen Regionen einen signifikanten Druck auf die Wähler aus.

Das im Doha-Abkommen vereinbarte Wahlsystem basiert auf dem Wahlgesetz von 1960, das die *qazas* (kleine Verwaltungsdistrikte) als Wahlbezirke vorschreibt. Das bedeutet, dass sich der Libanon laut dem neuen Gesetz in 29 Wahlbezirke mit je mindestens 2 und höchstens 10 Mandate gliedert. Das System ist ein einfaches Mehrheitswahlsystem, d. h. die Liste oder das Wahlbündnis mit dem höchsten Prozentsatz der Stimmen gewinnt den ganzen Wahlbezirk.

Das neue Wahlsystem ermöglicht eine wesentlich gerechtere Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Parlament als das alte, das nur 14 große Wahlbezirke vorsah, so dass viele Gruppen der libanesischen Wählerschaft unterrepräsentiert waren.

Hier ist jedoch eines anzumerken: Solange im Libanon ein Mehrheitswahlssystem – nach dem Prinzip „winner takes all“ – gilt, wird sich das negativ auf das politische System auswirken, und zwar aus folgenden Gründen:

- Für unabhängige Gruppierungen ist es schwierig, Sitze im Parlament zu gewinnen und die Vormacht der etablierten konfessionalistischen Parteien zu brechen.
- Das Mehrheitssystem fördert politische Manipulationen, weil die Führer der zahlreichen religiösen Gruppierungen aggressiv versuchen, sich möglichst viele Mandate zu sichern.
- Das Mehrheitssystem garantiert auch weiterhin nicht, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen im Parlament vertreten sind.

Der Gesetzesentwurf zur Wahlrechtsreform enthält einige positive Neuerungen, darunter Vorschriften zur Wahlkampffinanzierung sowie Regeln für Medien und Werbung in Verbindung mit den Wahlen. Andere wichtige Reformen wie die Gründung einer unabhängigen Wahlkommission, die Verwendung amtlich gedruckter Stimmzettel und die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre wurden von den Parlamentariern abgelehnt.

Das Versäumnis, das Wahlgesetz grundlegend zu erneuern, weist darauf hin, dass die herrschende Schicht weiterhin zögert, eine Rundum-Reform des Wahlsystems zu befürworten.⁵

⁵ Weitere Informationen zum Doha-Wahlsystem und zur Wahlrechtsreform-Bewegung, die sich für wichtige Reformmaßnahmen einsetzt, finden sich unter:

http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=96630

“Lebanon’s election law: a cup half full” von Doreen Khoury, 10. Oktober 2008

Die wichtigsten Gruppierungen

Bündnis des 14. März

Das Bündnis des 14. März, das derzeit mit 68 von 128 Sitzen die Mehrheit im Parlament hat, ist eine Koalition aus anti-syrischen und pro-westlichen politischen Parteien sowie unabhängigen Kandidaten unter der Führung des Parlamentsabgeordneten Saad Hariri (Sohn des ermordeten Ex-Regierungschefs Rafik Hariri), des Parlamentsabgeordneten und Ex-Ministers Walid Dschumblatt von der Progressive Socialist Party, und von Samir Geagea, dem Anführer der Lebanese Forces. Außerdem gehören dem 14. März verschiedene religiöse Gruppen und Parteien an, die jedoch traditionell nicht unbedingt dieselbe politische Agenda haben. Alle verbinden jedoch drei wesentliche Ziele:

- die Einmischung Syriens in die libanesische Politik zu reduzieren;
- die Beherrschung des politischen Systems im Libanon durch die Hisbollah zu verhindern, da dies den Einfluss des Irans stärken würde, und
- ein internationales Tribunal einzurichten, um den Verdächtigen im Mordfall Hariri den Prozess zu machen.

Das Bündnis des 14. März hat zurzeit die Mehrheit in der libanesischen Regierung unter Ministerpräsident Fouad Siniora. Die Oppositionsfraktion hat jedoch ein Vetorecht und kann so Beschlüsse des Kabinetts blockieren.

Das **Future Movement (FM)** unter der Führung von **Saad Hariri** ist die wichtigste Partei im Bündnis des 14. März mit den meisten Abgeordneten im Parlament. Die in den 1990er Jahren vom später ermordeten Ex-Regierungschef Rafik Hariri gegründete Bewegung spielt seither eine zunehmend wichtige Rolle im Wahlprozess und vertritt heute die Mehrheit der sunnitischen Wähler. Die Ermordung Hariris im Februar 2005 war ein prägendes Ereignis für die FM als politische Bewegung und für die muslimische Glaubensgemeinschaft der Sunniten. Aus einer losen Gruppe Hariri-treuer Anhänger und

Aktivisten entwickelte sich die FM allmählich zu einer echten Partei (offizielle Parteigründung im August 2007) mit einem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Programm. Die Partei trägt jedoch weiterhin traditionelle und klientelistische Züge wie sie für die meisten politischen Parteien im Libanon bezeichnend sind. Die Entwicklung der FM zu einer politischen Partei erfolgte größtenteils in Reaktion auf verschiedene lokale und regionale Umstände, von denen die sunnitische Bevölkerung betroffen war, und einem Gefühl der Bedrohung nach der Ermordung von Rafik Hariri. Politische Spannungen in der Region, zwischen Saudi-Arabien und Ägypten auf der einen Seite und dem Iran auf der anderen Seite, die ein starkes Echo im Libanon fanden, vereinigten viele Sunniten unter dem politischen Banner der FM.

Seit den letzten Wahlen im Jahr 2005 hat sich die FM allerdings einige Blößen gegeben, die sie im Vorfeld der Parlamentswahlen geschwächt haben könnten. In ihren Bemühungen um die Wählerschaft, insbesondere der Sunniten, ist die Partei weiterhin stark auf zwei Dinge angewiesen: ihr klientelistisches Netzwerk, unterstützt durch die Finanzierung von gemeinnützigen Zwecken und Entwicklungsprojekten, und den Namen des ermordeten Ex-Premiers Hariri als gemeinsamer Ruf für ihre Anhänger. Wenn die FM ihre politische Bedeutung auf lange Sicht behalten will, muss sie vor allem beweisen, dass sie die Sympathien der Wähler auch ohne diese beiden „Krücken“ gewinnen kann.

Saad Hariri hat in diesem Zusammenhang signifikanter Weise mehrfach erklärt, dass sich die FM, falls das Bündnis des 14. März die Wahl verliert, nicht an der Regierung beteiligen wird, d. h. er selbst würde nicht als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung stehen. Angesichts der Tatsache, dass Frankreich und Saudi-Arabien eine Fortsetzung der Doha-Formel befürworten, könnte er sich aber vielleicht überreden lassen, in einer Regierung der Nationalen Einheit mitzuwirken.

Die **Progressive Socialist Party** (PSP) des Drusenführers **Walid Dschumblatt** ist die zweitgrößte Partei im Bündnis des 14. März. Nach dem libanesischen Bürgerkrieg war Dschumblatt lange Zeit ein enger Verbündeter Syriens und unterstützte im Wesentlichen

die syrischen Interessen im Libanon und in der arabischen Region. Nach dem 2004 vom US-Kongress erlassenen „Syrian Accountability Act“, der UN-Resolution 1559 und der Verlagerung des regionalen Kräftegleichgewichts durch die Besetzung des Iraks, schwenkte der für seine politische Intuition berühmte Dschumblatt auf die entgegengesetzte Position um, die sich gegen den Einfluss von Syrien auf die Politik des Libanons richtet. Gleichzeitig äußerte sich Dschumblatt zunehmend kritisch über die Hisbollah und forderte ihre Entwaffnung, weil Syrien und der Iran (die wichtigsten Förderer der Hisbollah in der Region), wie er behauptete, mittels der Hisbollah die Übernahme der Macht im Libanon anstrebten. Im Anschluss an die Ereignisse des 7. Mai, die (vorübergehenden) militärischen Inkursionen der Hisbollah in Dschumblatts Stammesgebiet im Bergland und das anschließende Abkommen von Doha beginnt Dschumblatt erneut, seine politische Position nach und nach zu verlagern. Nach Streitigkeiten über die Wahlliste distanziert er sich zunehmend vom Bündnis des 14. März. Zu weiteren Kontroversen kam es im April 2009, als ein mit einem Mobiltelefon aufgenommenes Video veröffentlicht wurde, in dem er seine Bündnispartner kritisiert. Inwieweit sich dies auf die Erfolgchancen des 14. März in Schlüsselbezirken wie Baabda und West Bekaa ausgewirkt hat, bleibt abzuwarten, insbesondere da Dschumblatt anscheinend dabei ist, enge Beziehungen zum Führer der Amal-Bewegung, Nabih Berri, aufzubauen.⁶ Dieser Wechsel lässt sich natürlich auch mit dem regionalen und dem internationalen politischen Klima und den Plänen von Obama für die Verwaltung der Region in Verbindung bringen.

Die **Lebanese Forces** (LF) sind eine rechte, christliche Partei unter der Führung von **Samir Geagea**. Bevor sich die LF als Partei formierten, waren sie eine der stärksten Milizen im libanesischen Bürgerkrieg. Nach ihrer Auflösung durch die libanesische Regierung Anfang der 1990er Jahre und der Verurteilung von Geagea wegen Anstiftung zu mehreren Morden und Bombenanschlägen ging die Partei in den Untergrund, bis ein im

⁶ Michael Young, „Video may have killed March 14’s star.“ *The Daily Star*, 23. April 2009.
http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=5&article_id=101266

Juli 2005 vom Parlament erlassenes Amnestie-Gesetz die Freilassung Geageas bewirkte. Die LF spielten eine wesentliche Rolle bei den massiven Protesten gegen Syrien im Anschluss an die Ermordung von Rafik Hariri und begannen dann gezielt mit dem Wiederaufbau ihrer politischen Struktur und ihrer nationalen Präsenz. Dabei konzentrierten sich die LF vor allem auf die christliche Diaspora im Libanon. Der stärkste Mitbewerber der LF im Kampf um die Stimmen der Wähler in den christlichen Gebieten ist das Free Patriotic Movement.

Eine wesentliche Schwachstelle der LF im Wahlkampf ist ihr Image, das immer noch vom Bürgerkriegs-Stigma und von Miliz-Aktionen in den christlichen Distrikten während der 1970er und 1980er Jahre geprägt ist, auch wenn sich die Partei jetzt mit großem PR-Aufwand öffentlich zur Unterstützung der staatlichen Einrichtungen bekennt. Weitere Probleme sind die Rivalitäten mit anderen christlichen Parteien und Mitgliedern des 14. März, die das Abschneiden des Bündnisses in wichtigen Wahlbezirken beeinträchtigen könnten.

Weitere wichtige Mitglieder des Bündnisses des 14. März:

- **Kataeb Partei** unter der Führung des ehemaligen Präsidenten **Amin Gemayel**
- **National Liberal Party** unter der Führung von **Dory Chamoun**
- **Democratic Renewal Party** unter der Führung von **Nassib Lahoud**
- **Qornet Schehwan Gathering** unabhängiger christlicher Politiker (Boutros Harb, Nayla Mouawad, Samir Frangieh, Fares Soueid usw.)
- Die armenischen Parteien **Rum Ghawar** und **Hanschak**

Die Opposition

Die Opposition⁷ hat derzeit 59 Sitze im Parlament. Sie wird angeführt von der Hisbollah, vom Free Patriotic Movement (FPM) unter dem Ex-Armeechef Michel Aoun und der Amal-Bewegung unter Parlamentspräsident Nabih Berri. Die Allianz zwischen der Hisbollah und der FPM wurde im Februar 2006 besiegelt, nachdem das Viererbündnis zwischen dem 14. März und den schiitischen Parteien (das zu diesem Zeitpunkt die Regierung bildete) über dem Vertrag zur Einrichtung eines internationalen Tribunals in Zusammenhang mit dem Mord an Rafik Hariri zerbrochen war. Für Michel Aoun bedeutete die Annäherung an die Hisbollah das Ende seiner politischen Isolation nach den Wahlen und dem Viererbündnis. Der schiitischen Hisbollah brachte die Verbindung mit Aoun den Vorteil, dass sie jetzt eine große nicht-schiitische Partei als Bündnispartner hat. Im „Memorandum of Understanding“, einer gemeinsamen Erklärung der beiden Parteien, werden ihre Positionen wie folgt umrissen:

- Bestätigung der Konsensregel und des nationalen Pakts, der die Zustimmung der meisten Parteien zu allen wichtigen Entscheidungen verlangt
- Reform der staatlichen Institutionen und Bekämpfung der Korruption
- Rückführung in Israel lebender libanesischer Staatsangehöriger
- Klärung des Status von in Syrien inhaftierten libanesischen Staatsbürgern
- Normalisierung der Beziehungen zu Syrien und
- Lösung des Problems der Waffeb der Hisbollah im Rahmen eines nationalen Dialogs mit dem Ziel der Entwicklung einer nationalen Verteidigungsstrategie.

Die **Hisbollah** ist eine schiitisch-islamistische Partei und paramilitärische Organisation unter der Führung von **Hassan Nasrallah**. Während viele Libanesen und Araber sie als legitime Widerstandsbewegung gegen Israel sehen, ist sie für einige westliche Länder

⁷ Auch als „Bündnis des 8. März“ bezeichnet (nach den pro-syrischen Massendemonstrationen der Hisbollah am 8. März 2005, wenige Tage vor den bekannteren, anti-syrischen Protesten am 14. März). In diesem Bericht wird vorzugsweise die von der Allianz selbst verwendete Bezeichnung „Opposition“ verwendet.

(zumal für die USA) eine Terrororganisation. Die Hisbollah ist eine signifikante Kraft in der libanesischen Politik. Sie finanziert zahlreiche gemeinnützige Projekte und Entwicklungsprogramme in allen schiitischen Distrikten, hat einen eigenen Rundfunk- und Fernsehsender und verfügt über eine breite Anhängerschaft, nicht nur in der schiitischen Gemeinschaft. Unterstützung erhält die Hisbollah in der Region vor allem vom Iran und von Syrien. Diese angebliche Abhängigkeit von zwei externen Mächten ist der hauptsächliche Grund für die Konflikte mit dem pro-westlichen Bündnis des 14. März, das seinerseits von Saudi-Arabien und Ägypten unterstützt wird. Nach der Ermordung von Rafik Hariri und dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon, sah die Situation der Hisbollah zuerst prekär aus, die Partei gruppierte sich jedoch schnell wieder neu und hat jetzt vor den Wahlen eine besonders starke Position. Durch ihren Einsatz im Juli-Krieg 2006, der als Sieg über Israel gewertet wurde, gewann die Hisbollah viel Zustimmung bei der Bevölkerung. Infolge der Ereignisse vom 7. Mai 2008 (als die Hisbollah ihr Gelübde brach, ihre Waffen nicht gegen die eigenen Landsleute einzusetzen) büßte sie zwar etwas von ihrer Popularität ein, profitierte dann jedoch vom Abkommen von Doha, das der Opposition ein Vetorecht in der Regierung der Nationalen Einheit einräumt. In ihren jüngsten Verlautbarungen haben Hisbollah-Funktionäre die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen heruntergespielt, woraus man entnehmen könnte, dass der Partei der Gedanke, die Macht im Staat (und die damit verbundene Verantwortung) zu übernehmen, gar nicht so lieb ist und dass sie, unabhängig vom Ausgang der Wahlen, eine erneute Regierung der Nationalen Einheit vorziehen würde.

Anfang dieses Jahres führten die Ambitionen der Hisbollah in der Region zu Auseinandersetzungen, als die Partei von den Ägyptern beschuldigt wurde, terroristische Zellen in ihrem Land aufzubauen. Nasrallah bestritt dies zwar, gab jedoch den Schmuggel militärischer Hilfsgüter aus Ägypten in die Palästinensergebiete zu. Dieses Geständnis löste ärgerliche Reaktionen seitens des Bündnisses des 14. März aus und den Vorwurf, die Hisbollah verletze die Gebietshoheit eines anderen Landes. Der Zwischenfall, der momentan etwas in den Hintergrund gerückt ist, ließ außerdem Zweifel daran aufkommen, ob die Hisbollah wirklich Willens ist, sich an den Ministerbeschluss der Nationalen

Einheitsregierung zu halten, laut dem die Armee der Widerstandsorganisation ausschließlich der nationalen Verteidigung dienen soll.

Ein weiteres politisches Beben im Libanon löste am 23. Mai 2009 ein Bericht im Magazin „Der Spiegel“⁸ aus, in dem der Verfasser unter Berufung auf dem Hariri-Tribunal nahestehende, informierte Kreise und geheime Dokumente schreibt, es gebe laut jüngsten Ermittlungen Hinweise dafür, dass die Hisbollah hinter dem Mord an Rafik Hariri steckt⁹.

Das **Free Patriotic Movement (FPM)**, die bedeutendste christliche Partei, wird vom ehemaligen Oberkommandierenden der Armee **Michel Aoun** angeführt, der im Mai 2005 aus dem Exil zurückkehrte. Die FPM basiert auf der großen Popularität, die Aoun 1988 bei den Libanesen genoss. Damals hatte ihn der scheidende Staatspräsident Amin Gemayel zum Ministerpräsidenten einer der beiden miteinander rivalisierenden Regierungen ernannt, ein Amt, das er bis zu seiner Entmachtung durch die syrischen Truppen 1990 innehatte, worauf er nach Frankreich floh. Die Tatsache, dass sich Aoun gegen die militärische und politische Einmischung Syriens im Libanon stellte sowie gegen die Libanese Forces, die zu dem Zeitpunkt eine Art Mini-Staat in christlichen Gebieten etabliert hatten, förderte seine Beliebtheit und sein Image als nationalistische Anti-Establishment-Figur. Auch nach seiner Flucht ins Exil hatte Aoun weiterhin viele Anhänger im Libanon, hauptsächlich unter den Christen, die sich nach dem Ende des Bürgerkrieges und der Neuabsteckung der politischen Grenzlinien durch das Taef-Abkommen von 1989 zunehmend isoliert sahen. Diese Popularität setzte Aoun 2005 nach seiner Rückkehr in den Libanon erfolgreich bei den Parlamentswahlen um, bei denen die FPM in den wichtigsten christlichen Wahlbezirken als Sieger hervorging und sich 70 % der christlichen Wähler sichern konnte. Das zu diesem Zeitpunkt geltende Wahlgesetz wirkte sich negativ für ihn aus, besonders in großen Wahlkreisen mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit. Das infolge des Doha-Abkommens eingeführte Wahlgesetz

⁸ Eric Forath, “New Evidence Points to Hizbollah in Hariri Murder.” Englische Ausgabe von *Spiegel online*, 23. Mai 2009, <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,626412,00.html>

⁹ Siehe “Umstrittener Spiegel-Bericht schreckt Libanon auf”, Interview mit Layla Al-Zubaidi, 27. Mai 2009, www.boell.de/internationalepolitik/naher-mittlerer-osten-6825.html

dagegen ist wesentlich günstiger für die FPM und könnte es der Partei ermöglichen, ihre parlamentarische Fraktion von 21 auf 36 Abgeordnete auszubauen. Damit hängen die Chancen der Opposition, mit einer Mehrheit der Sitze aus der Wahl hervorzugehen, stark vom Wahlergebnis der FPM in den Schlüsselbezirken ab.

Gegner von Aoun kritisieren seine Versöhnung mit dem ehemaligen Feind Syrien (im Anschluss an Aouns offiziellen Besuch in Syrien) und seine Allianz mit der Hisbollah, durch die er sich ihrer Meinung nach zu einem Teil der anti-westlichen Iran-Syrien-Achse gemacht hat. Langfristig scheinen diese beiden Tatsachen der Popularität der FPM jedoch kaum Abbruch getan zu haben, jedenfalls nicht in einem Maß, dass dies die Wahlchancen Aouns wesentlich beeinträchtigen könnte. Das Wahlprogramm der FPM unter dem Titel „Die dritte Republik“ hat ebenfalls Kontroversen ausgelöst, weil es auf eine Überarbeitung des Abkommens von Taef hindeutet (was jedoch von der Partei bestritten wird, die die „Dritte Republik“ mit dem Kampf gegen die Korruption verbindet).

Die **Amal-Bewegung**, eine schiitische Partei unter der Führung des Parlamentspräsidenten **Nabih Berri**, ist die zweitgrößte Partei der schiitischen Bevölkerungsgruppe. Amal verfolgt seit ihrer Gründung durch Musa al-Sadr in den 1970er Jahren vor allem ein Ziel: den vorwiegend schiitischen Gebieten im Süden Libanons einen größeren Anteil an den staatlichen Mitteln zu sichern. Im libanesischen Bürgerkrieg kämpfte Amal noch gegen die (ursprünglich durch Abspaltung von der Amal entstandene) Hisbollah, in der Nachkriegszeit gingen die beiden Parteien jedoch stillschweigend eine politische Allianz und ein Wahlbündnis ein, worauf Nabih Berri oft als Vermittler für die radikalere Hisbollah auftrat. Die Amal-Bewegung ist wie die meisten Parteien Libanons eng mit der Person eines Politikers verbunden, in diesem Fall mit Berri und seiner Macht als Parlamentspräsident (der praktisch im Alleingang Gesetze blockieren und Parlamentssitzungen verhindern kann). Als treuer Verbündeter Syriens protestierte Amal 2005 scharf gegen den Abzug der syrischen Truppen. Die Bewegung wird häufig der Korruption bezichtigt und genießt im Gegensatz zur Hisbollah keine nennenswerte überkonfessionelle Unterstützung.

Weitere wichtige Mitglieder der Opposition:

- **Syrian Social Nationalist Party (SSNP)**
- **Taschnag** (die bedeutendste armenische Partei)
- **Marada** (unter der Führung von **Suleiman Frangieh**)
- **Lebanese Democratic Party** (unter der Führung von **Talal Arslan**)

Weitere wichtige Politiker

Präsident Michel Suleiman wurde am 25. Mai 2008 im Anschluss an das von allen libanesischen Parteien unterzeichnete Abkommen von Doha zum Präsidenten der Republik Libanon ernannt. Er wurde als Konsensfigur gewählt, um den oft gewalttätigen politischen Konflikten ein Ende zu setzen, die das Land gespalten hatten. Suleiman genießt die Unterstützung arabischer und westlicher Länder, vor allem Frankreichs.

Obwohl sich Suleiman nicht um ein Parlamentsmandat bewirbt (die Verfassung verbietet es) und offiziell keinen der Kandidaten unterstützt, ist man sich allgemein darüber einig, dass sich der Ausgang der Wahl auf seine Rolle und auf die Zukunft des Präsidentenamtes in der Zeit nach der Wahl auswirken wird.

Suleiman hat bereits mehrfach angedeutet, dass er einen dritten, unabhängigen Block als stabilisierende Kraft zwischen den beiden gegnerischen Lagern befürwortet, vor allem nachdem seine Rolle durch des Doha-Abkommens praktisch auf die „eines reinen Schiedsrichters und Zeugen bei Streitigkeiten“¹⁰ reduziert wurde. Die Doha-Formel, nach der er als Konsensfigur fungiert, hindert ihn daran, eine aktivere Führungsrolle zu spielen. Seine einzige Option (da er keine Stimme im Kabinett hat) besteht deshalb darin, sich einen Anteil an der Regierung in Form von Ministern zu sichern, die seine Entscheidungen

¹⁰ Elias Harfoush, “A Centrist Bloc or a Presidential Bloc?” *Al Hayat*, 11. Mai 2009.
<http://www.daralhayat.com/morenews/english/?q=opinion/OPED/05-2009/Article-20090511-306ddc2f-c0a8-10ed-00fa-e78f86df578a/story.html>

unterstützen (eine zunehmend wahrscheinliche Situation nach den Wahlen, auf die im letzten Abschnitt dieses Berichts genauer eingegangen wird).

Suleimans Bemühungen um mehr Macht für den Staatspräsidenten werden von beiden politischen Lagern mit Argwohn betrachtet. Die Opposition, insbesondere Aoun, wirft Suleiman vor, sich gegen ihre Interessen in die Wahlen einzumischen, während das Future Movement die von Suleiman angestrebte Stärkung des Präsidentenamtes, des Hauptsitzes der christlichen Macht, mit Unbehagen zur Kenntnis nimmt.

Eine weitere Herausforderung für Suleiman ist Michel Aoun. Nachdem ihm das Amt des Staatspräsidenten entgangen ist, bemüht sich dieser nämlich gezielt darum, sich als Hauptvertreter der christlichen Interessen im Libanon zu profilieren. Aoun steht dem Versuch Suleimans, seine Autorität auszubauen, ablehnend gegenüber, und die Opposition würde es allgemein vorziehen, wenn er seine Konsensrolle beibehalten würde.

Naguib Mikati, Ex-Ministerpräsident und Parlamentsabgeordneter aus der nordlibanesischen Stadt Tripoli, wird von vielen als ein potenzieller Konsens-Ministerpräsident gesehen (da es wenig wahrscheinlich ist, dass Fouad Siniora in das Amt zurückkehrt). Mikati wurde im April 2005 zum Konsens-Ministerpräsidenten ernannt, um die Folgen des Hariri-Attentates zu bewältigen, vor allem aber, um das Land auf die Parlamentswahlen im Mai 2005 vorzubereiten. Mikati hat feste Verbindungen zu Syrien, pflegt aber auch gute Beziehungen zum Bündnis des 14. März. Er ist ein internationaler Unternehmer und ein wichtiger Vermittler zwischen den herrschenden Kräften im Nordlibanon. Deshalb war Saad Hariri auch so darauf bedacht, schnell eine Wahlallianz mit ihm in Tripoli einzugehen. Sollte Hariri nach den Wahlen das Amt des Ministerpräsidenten ablehnen, rechnet man weit verbreitet damit, dass Mikati den Posten übernimmt.¹¹

¹¹ Ein anderer potenzieller Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten ist Parlamentsmitglied und Minister **Mohamad Safadi**. Sein Profil ähnelt dem vom Mikati. Wie dieser stammt er aus dem Norden des Landes und ist ein bedeutender Unternehmer mit gemeinnützigen und Entwicklungsprojekten in seiner Region. Auch er gilt als Konsensfigur.

Hauptmerkmale des Wahlkampfes

Entwicklung politischer Parteien

Anders als bei früheren Urnengängen haben alle Parteien im Vorfeld der Wahlen Wahlkampagnen gestartet und ihr Programm verkündet. Man hat den Eindruck, jede will sich von Rivalen und Verbündeten gleichermaßen abheben. Vielleicht kann man daraus auch schließen, dass die Parteien zumindest versuchen, einen politischen Dialog miteinander zu führen, statt sich nur auf konfessionalistische Rhetorik zu verlassen. Hierzu trugen auch verschiedene Talkshows im Fernsehen bei, bei denen gegnerische Kandidaten eins zu eins aufeinander trafen. Je näher jedoch die Wahlen rücken, desto mehr kehren viele Kandidaten zu gegenseitigen Beschuldigungen und Beschimpfungen zurück.

Ein weiteres Merkmal der Wahlen 2009 ist der Machtverfall einiger traditioneller Führer, nachdem die politischen Parteien gezielt versuchen, ihren Einflussbereich auf die traditionellen Herrschaftsgebiete von Männern wie Elias Skaff (Zahle), Michel Murr (Metn) und Salim Azar (Jezzine) auszudehnen. Die Verhandlungen über die Wahllisten in beiden Lagern wurden durch miteinander rivalisierende unabhängige Politiker und politische Parteien behindert, die auf der Aufstellung ihrer Kandidaten bestanden, um ihre Machtgrundlage auszuweiten. Die Parteien entwickeln sich langsam zu mehr oder weniger modernen, organisierten politischen Institutionen, die gezielt am Ausbau und Erhalt ihrer Wählerschaft arbeiten. Dieser Trend stellt eine Bedrohung für traditionelle Führerfiguren dar, die auf gemeinnützige Projekte, finanzielle Unterstützung und Familienloyalität setzen, um ihre Klientelnetze aufrecht zu erhalten. Man kann hier jedoch nicht von einem allgemeinen Trend sprechen, da manche Parteien lediglich kosmetische Veränderungen vornehmen und sich weiterhin auf traditionelle politische Praktiken verlassen.

Außerdem hat das Mehrheitswahlsystem, kombiniert mit einer Vielzahl politischer Parteien und gegensätzlicher Interessen innerhalb der beiden Lager, zu Rivalitäten und zur Konkurrenz zwischen den Verbündeten geführt. Nach Meinung eines Kommentators wird

„der härteste Kampf weniger zwischen den politischen Lagern, als vielmehr um die Vormacht innerhalb der beiden Lager ausgetragen werden“.¹²

Situation nach der Wahl

Die meisten Meinungsforscher und lokalen Analysten erwarten, wie schon gesagt, dass die Opposition als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, allerdings nur mit einer sehr knappen Mehrheit von 2 oder 3 Sitzen. Der Hisbollah und der Amal ist ein Monopol der schiitischen Mandate bereits so gut wie sicher. Da dies jedoch nicht für eine Mehrheit im Parlament ausreicht, sind sie darauf angewiesen, dass Michel Aoun mit seiner Freien Patriotischen Bewegung den Wahlsieg in den christlichen Bezirken davonträgt.

Ein Sieg der Opposition hat potenziell enorme Konsequenzen für die Zusammensetzung der Regierung nach den Wahlen und letztlich für den Kurs, den der Libanon im eigenen Land und in der Region einschlägt.

Die größte Frage besteht darin, ob sich beide Seiten auf die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit nach dem derzeitigen Modell einigen können (bei dem eine Seite ein Vetorecht im Kabinett hat), oder ob das Bündnis des 14. März beschließt, nicht an der Regierung teilzunehmen und stattdessen als parlamentarische Opposition zu fungieren. Ein Beschluss des 14. März, das neue Kabinett zu boykottieren, würde dieselben Folgen haben wie die Strategie der Opposition, dem Kabinett durch den Rücktritt von Ministern die Legitimation zu entziehen. Saad Hariri hat öffentlich angekündigt, dass er nicht bereit sei, ein Amt in einer von der Opposition angeführten Regierung zu übernehmen. Er sei nicht gewillt, eine Regierung der Nationalen Einheit auf einer politisch geschwächten Basis zu führen.

¹² Michael Young, "Will the real March 14 please stand up." *Now Lebanon*, 10. März 2009.
<http://www.nowlebanon.com/NewsArticleDetails.aspx?ID=83478>

Die Hisbollah hat jedoch zu verstehen gegeben, dass sie eine Regierung der Nationalen Einheit wünscht und dass sie dem Bündnis des 14. März, falls dieses die Opposition stellt, ein Vetorecht einräumen wird. Um dieses Veto zu nutzen, müsste der 14. März der Regierung beitreten und unter einem Ministerpräsidenten des Bündnisses des 8. März arbeiten. In diesem Fall würde man sich wahrscheinlich auf einen Kompromisskandidaten einigen (einen Politiker, der dem 14. März und Syrien nahesteht, wie Najib Mikati), um nach den Wahlen zumindest eine mehr oder weniger stabile Lage zu erzielen.

Falls das Bündnis des 14. März eine Beteiligung an der Regierung nach den Wahlen ablehnt, ist die Hisbollah nach Aussagen ihrer Funktionäre auch bereit, die Macht in der Regierung zu übernehmen. Wie die libanesische Tageszeitung Al-Balad am 30. März 2009 berichtete, bereitet sich die Hisbollah auf die Möglichkeit vor, mit einer Mehrheit der Mandate ohne den 14. März zu regieren, und führt in diesem Zusammenhang bereits Gespräche mit europäischen und internationalen Institutionen, um deren Meinung auszuloten und sich ihre stillschweigende Zustimmung zu sichern. Funktionäre der Hisbollah sollen beispielsweise mit Vertretern der Weltbank zusammengetroffen sein, um ihre Vorstellungen zur Finanzpolitik und zu den wirtschaftlichen Herausforderungen für den Libanon darzulegen. Hierauf wurde ihnen angeblich versichert, dass keine negativen Maßnahmen seitens der Weltbank zu befürchten seien, wenn eine neue Regierung gebildet wird.¹³

Die Hisbollah ist sich jedoch sehr wohl der großen Hindernisse bewusst, die sie überwinden muss, falls sie eine Regierung ohne das Bündnis des 14. März bilden sollte. Erstens hätte ein ohne Mitwirkung des Futute Movements von Abgeordneten der Opposition gewählter Ministerpräsident in den Augen der meisten Sunniten keinerlei Legitimation. Zweitens könnte das Bündnis des 14. März, wenn das gegnerische Lager die Wahl tatsächlich nur mit dem vorhergesagten knappen Vorsprung gewinnt,

¹³ Ali Al-Amine, "Hizbollah prepares for period after Jun 8th." *Al Balad*, 30. März 2009. <http://www.albaladonline.com/html/story.php?sid=56582>

Parlamentssitzungen effektiv blockieren, indem ihre Abgeordneten den Sitzungen fernbleiben, so dass keine beschlussfähige Zweidrittelmehrheit zustande kommt – eine Taktik, wie sie auch die derzeitige Opposition angewandt hat, um die Abhaltung von Parlamentssitzungen zu verhindern.

Regionale und internationale Vermittler (wie Frankreich, Saudi-Arabien und Syrien) haben zu erkennen gegeben, dass sie die Fortsetzung des Doha-Modells und die Bildung einer Nationalen Einheitsregierung nach den Wahlen bevorzugen. Frankreich und die EU haben angedeutet, dass sie eine Regierung unter der Führung der Hisbollah nicht anders behandeln werden, vorausgesetzt sie respektiert die internationalen Vereinbarungen (d. h. die UN-Resolutionen 1559 und 1701).¹⁴

Die Haltung der USA in Bezug auf eine von der Hisbollah angeführte Regierung ist nicht ganz so eindeutig (aber zumindest nicht feindlich). Hier würde die Situation vermutlich so aussehen, dass die USA einen direkten Kontakt mit den Ministern der Hisbollah vermeiden und sich stattdessen an Vermittler wie Nabih Berri, Fawzi Salloukh und den neuen Ministerpräsidenten halten würden. Dass die EU ihre Botschafter zurückruft oder ihre diplomatischen Beziehungen abbricht, ist wenig wahrscheinlich, es könnte jedoch durchaus sein, dass die USA ihre finanzielle Unterstützung reduziert.

Abzuwarten bleibt auch, wie die neue rechtsgerichtete Regierung in Israel auf einen Sieg des oppositionellen Lagers und der Hisbollah reagieren würde. Israel hätte es in diesem Fall aus seiner Sicht nicht mehr nur mit einem feindlichen „Staat im Staate“ zu tun und eventuelle erneute Angriffe Israels würden sich dann nicht mehr gegen einen nicht-staatlichen Akteur richten, sondern gegen die libanesische Staatsmacht.

¹⁴ Nicholas Kimbrell, “EU sees ‘big difference’ between Hizbullah, Hamas.” *The Daily Star*, 22. Mai 2009. http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_ID=1&article_ID=102231&categ_id=2

Auch die interne Dynamik der beiden großen politischen Lager wird nach der Wahl genau beobachtet werden. Bleiben die Bündnisse bestehen, oder werden einige Parteien ins Zentrum abwandern? Bereits jetzt wird darüber gesprochen, dass Walid Dschumblatt, Nabih Berri und andere unabhängige Politiker die Bildung eines dem Präsidenten treuen Blocks der Mitte erwägen. Eine weitere Frage ist, inwieweit die Allianz zwischen der Hisbollah und des Free Patriotic Movement von den Entwicklungen in der Region beeinflusst wird.

Insgesamt darf man wohl kaum erwarten, dass die Wahlen wesentliche Veränderungen bewirken werden, vor allem, was die Politik und die Wirtschaft im Zedernstaat angeht. Jede der größeren Parteien hat, unabhängig von ihrer Bündniszugehörigkeit, ihre eigene Agenda und ihre eigenen Interessen. Beide Seiten erklären vehement ihre Befürwortung eines starken libanesischen Staates. Ihre Absichten sind jedoch sehr vage und, wenn man genauer hinsieht, untergraben die meisten Parteien mit ihrer Handlungsweise in Wirklichkeit die staatlichen Institutionen.¹⁵

Eine neue Regierung der Nationalen Einheit nach den Wahlen ist letztlich keine ideale Lösung für den Libanon, da sie sehr wahrscheinlich nicht anders funktionieren würde als die derzeitige Regierung und politische Streitereien auch weiterhin eine sinnvolle Gesetzgebung und konsequente Reformen verhindern würden. Sofern jedoch ein Kompromiss-Premier wie Mikati allseits Unterstützung fände und dem Präsidenten genug Einfluss im Parlament und im Kabinett eingeräumt würde, um einen dritten politischen Block zu gründen, wäre eine Regierung der Nationalen Einheit zweifellos einer vom derzeitigen Oppositionsbündnis geführten Regierung vorzuziehen. Letztere hätte nämlich, zumindest in den Augen der Libanesen und vor allem der Sunniten, keine Legitimation

¹⁵ So kritisiert zum Beispiel die FM die Hisbollah ständig wegen ihres Waffenbesitzes außerhalb jeglicher staatlicher Kontrolle, sie selbst unterwandert jedoch auch die staatlichen Institutionen, und zwar durch ihr riesiges Klientelnetz (mit Schulen, Krankenhäusern, karitativen Einrichtungen usw.), das anstelle des Staates Dienstleistungen für Bürger liefert. Die Hisbollah, die das Bündnis des 14. März beschuldigt, den Staat durch Korruption und Misswirtschaft zu schwächen, besitzt ebenfalls ein weit verzweigtes Klientelnetz und lehnt jede Diskussion über ihre Waffen ab.

und wäre in ihrer Regierungsfähigkeit ernsthaft beschränkt. Weitere entscheidende Gesichtspunkte bei der Zusammensetzung der neuen Regierung nach den Wahlen werden so gut wie sicher die politischen Verhältnisse im Nahen Osten und die neue Dynamik in der Region nach der Wahl von Barak Obama sein.